

PANORAMA

Paragraph F

Die drei westlichen Außenminister packten das heiße Demontageeisen Westdeutschlands persönlich an. Marshall befürwortete während einer Unterredung mit seinen Kollegen Bevin und Schuman die Pläne des Administrators Hoffman zur Demontage-Einstellung. Stiller Helfer bei den amerikanischen Versuchen, Frankreich und England von der Zweckmäßigkeit des Abstoppens der Betriebsverlagerungen zu überzeugen, ist der Paragraph „F“ (Sektion 115) im Grundgesetz des US-Kongresses für die Europahilfe: „Wenn es sich herausstellt, daß Kapitalgüter, die von den drei Westzonen für Reparationen vorgesehen sind, den Zwecken des ERP am wirksamsten dienen, wenn sie in Deutschland verbleiben, dann hat der Administrator den Staatssekretär Marshall zu ersuchen, die Zustimmung der betroffenen Länder zu der Zurückhaltung der Anlagen herbeizuführen.“ — Der Kongreß wacht über diesen Passus, der auf rein wirtschaftlich-geschäftlicher Ueberlegung basiert. Jede unbegründete Weigerung Frankreichs oder Englands, die Demontage im Sinne des Paragraphen F einzustellen, könnte von amerikanischen Kongreßmitgliedern als mangelnder Wille zur westeuropäischen Zusammenarbeit betrachtet werden und auf dem 81. Kongreß (Januar 1949) die Kredite für das kommende Marshall-Plan-Jahr beeinflussen.

Potential

General Clay gab bekannt, daß die Demontage von etwa 300 früheren deutschen Rüstungsbetrieben in der britischen und französischen Zone gegenwärtig aufgehal-

ten werde. United Press zitiert eine nicht-amtliche Meldung, Außenminister Bevin habe in Paris darauf hingewiesen, daß „es bei einigen wichtigen Fabrikanlagen geraten erscheine, sie zu demontieren, da die Gefahr nicht von der Hand zu weisen sei, daß die Sowjetunion eines Tages Westdeutschland besetze und ihr dadurch ein ungeheures Industrie-Potential in die Hände fallen könnte.“

Spirale

Im entscheidenden Moment warfen die kominfingelenkten Kommunisten Frankreichs Achillesfersengeld in die westeuropäische Verteidigungskasse. Die kommunistische Bergarbeitergewerkschaft rief ihre 350 000 organisierten Mitglieder zum Generalstreik auf. Die christlichen Gewerkschaften hatten sich zu zweitägiger Mitwirkung überreden lassen. Am dritten Tage trauten sie sich wegen der kommunistischen Streikposten nicht, die Arbeit wieder aufzunehmen. Teilweise schlossen sich auch Eisenbahn- und Hafentarbeiter an. Liberty-Schiffe voll ERP-Lieferungen mußten in Cherbourg mit voller Ladung die Heimreise antreten. Der Streik kostet Frankreich und Marshallplan-Europa täglich 170 000 Tonnen Kohle. Der Produktionsausfall beträgt pro Tag über 4 Millionen Dollar. Französische Miliz wird überall zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste und Versorgungsbetriebe herangezogen. Die kommunistischen Kumpels drohen, bei Einsatz von Militär gegen Streikende, die Bergwerke unter Wasser zu setzen. Die Annahme ihrer Mindestlohnforderung von 15 000 Francs monatlich (bisher 13 500) würde Frankreichs Inflationsspirale gleich um mehrere Umdrehungen in das Finanzchaos treiben. Die Polizeipräsidenten aller Departements wurden nach Paris beordert.

Bruch

Nachdem sich die großen Vier in Moskau einen offenen Bruch gehoben haben, wird das Bleigewicht Berlin dem UN-Sicherheitsrat auf den zerschundenen Rücken geladen. Rußlands Wyschinski legte formellen Protest ein, als auf der Dienstagssitzung mit neun zu zwei Stimmen beschlossen wurde, die Debatte über Berlin aufzunehmen. Die Sowjetunion werde sich nicht an der „illegalen Verhandlung“ beteiligen. Der weißrussische Vertreter Dimitri Manuilski echote den Kehrreim. Wyschinski erklärte, nur der Außenministerrat sei laut UNO-Paragraph 107 für die Berliner Frage zuständig. Die Moskauer Besprechungen seien nur inoffiziell und informell gewesen. Die Westmächte konnten die Teilnahme an den von Rußland vorgeschlagenen neuen Außenminister-Verhandlungen ab, so lange die Blockade andauert. In der Mittwochsitzung sprach der amerikanische Vertreter Dr. Philip Jessup 10 000 gewichtige Anklageworte (Amerika kapituliert niemals in Berlin!). Brite und Franzose assistierten. Wyschinski, der „als Beobachter“ an der Sicherheitsratssitzung teilnahm, las gelangweilt die Pariser Sozialistenzeitung Le Populaire. Draußen vor den Journalisten setzte er wieder „gute Laune“ auf. Mittwochabend vertagte sich der Weltsicherheitsrat bis auf weiteres. Er schien ziemlich ratlos.

Pause

Die sechs unparteiischen Teilnehmerstaaten im Weltsicherheitsrat benutzten die Pause zwischen dem ersten und zweiten Akt des Berliner Debattendramas zu vermittelnden Kulissenverhandlungen. Auf zwei Sondersitzungen wurden Vorschläge zur Regelung der Gegensätze unter den vier Großmächten ausgearbeitet. Mit beiden streitenden Parteien wird verhandelt.



Fingerspitzenpolitik. Rußlands Außenminister-Stellvertreter Wyschinski (links, neben ihm der Sowjetdelegierte Jakob Malik) reitet UNO-Paragraphen, um die Nicht-Zuständigkeit des Sicherheitsrates für den Fall Berlin zu beweisen. Marshall (r.) ist anderer Meinung.